

Haushaltsrede 2023 – Freie Wähler (Klaus Pietsch)

Problematische Haushaltsentwicklung

Defizitärer Ergebnishaushalt und Investitionstätigkeit führen zu stark wachsenden Schuldenstand in den kommenden Jahren

Rücklagen werden in den kommenden beiden Jahren komplett aufgebraucht

Der Bürgermeister hat in seiner Neujahrsansprache mitgeteilt, dass Brühl nach Realisierung des Sportparks Süd und dem Verkauf des Areals am Schrankenbuckel mit 12,2 Mio Euro wieder über Rücklagen wie vor dem Bauvorhaben verfügt. Dazu fließen jährlich zusätzlich 100.000,- Euro Erbpachtgebühren in den Haushalt

Das klingt sehr erfreulich und lässt einen soliden Haushalt vermuten.

Beim genaueren Blick auf den Haushaltsplan offenbaren sich aber deutliche **Probleme**. Die hohen Rücklagen sind Ergebnis des Grundstücksverkaufs am Schrankenbuckel. Darüber hinaus sind im Jahr 2022 Gelder für bereits fest geplante Investitionen nicht abgeflossen. Die **Rücklagen** sind nur eine **temporäre Bilanzerscheinung**, sie sind **bereits komplett verplant**.

Daneben wird die **Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen immer größer**, wir bauen also ein **wachsendes Defizit** auf.

Hinzu kommen Faktoren allgemeiner politischer Natur. Ich schaue hier auf den **Krieg in der Ukraine**. In der Folge treffen die **inflationären Entwicklungen** auch Brühl. **Projekte verteuern** sich, die **Personalkosten steigen** und **wachsende Flüchtlingszahlen** fordern uns verstärkt heraus. Völlig unklar sind auch die künftigen **Kosten für den Klimaschutz**. Hier wird noch einiges auf uns zukommen.

Werfen wir einen Blick auf die Planzahlen des Ergebnishaushalts für das Jahr 2023:

Der Ergebnishaushalt **2022** weist ein Minus von **rund 2,5 Mio Euro (incl. Zinsaufwendungen)** auf. Für das Jahr **2023** wird ein **Defizit von 4,64 Mio Euro erwartet**. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben driftet also noch weiter auseinander. Es offenbart sich hier ein strukturelles Problem. Auf Seite 12 des Haushaltsplans wird relativierend vom sog. „**Prinzip des vorsichtigen Kaufmanns**“ gesprochen. Soll bedeuten, dass die Vorlage nur eine Prognose darstellt und die tatsächlichen Ergebnisse dann häufig auch mal besser ausfallen als prognostiziert, so die Aussage. Nennen wir es einfach mal das „**Prinzip der Hoffnung**“ und werfen einen kurzen Blick auf die wesentlichen harten Fakten des 600 Seiten starken Zahlenwerks.

Die ordentlichen **Erträge steigen um 1,1 Mio** auf ca. **38,6 Mio Euro**. Allerdings **steigen** auch die **Aufwendungen um 4,6 Mio** auf ca. **43,2 Mio Euro**. Somit steigt das Defizit auf nun also 4,64 Mio Euro. **Zitiert** man in diesem Zusammenhang **die Kämmerer** aus einem vorausgegangenem Haushaltsplan, „**sollte ein gesunder Haushalt einen Überschuss erwirtschaften, der dann zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung steht**“. Im Umkehrschluss müsste ich also konstatieren, wir haben **keinen gesunden Haushalt**. Zumindest ist er, **sinnbildlich gesprochen**, bereits **infektiös**.

Die **Transferaufwendungen** steigen im Vergleich zum Vorjahr um ca. **1,4 Mio Euro** auf nunmehr **18,35 Mio Euro**. Bedingt durch die höhere Steuerkraftsumme steigt, trotz des leicht abgesenkten Hebesatzes, allein die **Kreisumlage um rund 0,5 Mio Euro**. In gleicher Höhe steigt auch die **FAG-Umlage**. Hier hat die Gemeinde leider keine eigene Steuerungsmöglichkeit.

Die **Personal- und Versorgungskosten, zweitgrößter Kostenfaktor im Haushalt, steigen von zuletzt knapp 11 Mio auf nunmehr gut 12 Mio Euro**. Eine besondere Rolle spielen hier u.a. auch die Kosten für die **steigende Anzahl der Beschäftigten im Bereich der Kinderbetreuung**, die wegen der gesetzlichen Verpflichtungen erforderlich sind. Dieser Kostendruck wird durch Landeszuweisungen leider nur teilweise aufgefangen. Hier würden sich die **Freien Wähler** deutlich mehr Unterstützung wünschen. Die **Bebauung am Schrankenbuckel erfordert** übrigens durch die **erhoffte Ansiedlung von Familien mit Kindern weitere Betreuungskapazitäten**. Abzuwarten bleibt auch wie sich die **Inflationentwicklung** auf das Ergebnis der **Tarifverhandlungen** auswirkt. Hier sind, rein haushaltstechnisch gesehen, **böse Überraschungen** nicht auszuschließen.

Weiter negativ entwickeln sich auch die **Abschreibungen**. Sie **steigen um rund 0,5 Mio Euro auf ca. 3,2 Mio Euro** an. Dies resultiert im Wesentlichen auf dem **Sportpark Süd**. Mit den weiteren **Großprojekten** wie das **Kinderzentrum auf dem Schillerschulareal** oder dem **sozialen Wohnungsbau** im Gebiet Bäumelweg Nord, beides **Projekte die die Freien Wähler** als Investition in die Zukunft **ausdrücklich unterstützen**, wird dieser Kostenfaktor den Haushalt dennoch weiter belasten.

Um der defizitären Haushaltssituation gerecht zu werden, mussten in den letzten beiden Jahren **leider** eine Reihe von **Steuer- und Gebührenerhöhungen vorgenommen werden**. Vor dem Hintergrund der eingangs erwähnten Gesamtentwicklungen sehen wir hier aber im Kern das „**Ende der Fahnenstange**“ erreicht. **Weitere Belastungen sind** aus unserer Sicht **den Menschen in Brühl nicht mehr zumutbar**. Dies gilt ganz besonders für **Familien mit Kindern**.

Die **Erschließung anderer Einnahmequellen** wäre grundsätzlich zu begrüßen. **Ausdrücklich ausgenommen ist für die Freien Wähler** hierbei aber eine Verpachtung von Gelände zum Zwecke des Betriebens einer **Geothermieanlage**. **Das wird es mit uns in Brühl nicht geben**.

Die **Lösung** zur Verbesserung des defizitären Ergebnishaushalts kann für uns im Wesentlichen nur durch **Kostenreduzierungen** und eine **Beschränkung der Investitionen** auf unabweisbare **Projekte** erreicht werden. Sog. „**nice to have Ausgaben**“, wie **zumindest teilweise beim Sportpark Süd geschehen**, können wir uns schlicht nicht mehr leisten. Um jedes Missverständnis zu vermeiden, **wir stehen** nach wie vor **uneingeschränkt für die Förderung unserer Vereine**, die wir als wesentliche Träger des sozialen und kulturellen Lebens in unserer Gemeinde sehen. Eine **vernunftorientierte Betrachtung jeden Einzelfalls** schließt das aber nicht aus.

Lassen Sie mich noch einige wenige Worte zum Finanzhaushalt sagen:

Wir starten in das **Jahr 2023** mit einem Schuldenstand von ca. 5,3 Mio Euro, der sich zum **Jahresende** durch Tilgung noch einmal temporär auf ca. **3,3 Mio Euro** reduzieren wird.

Bedingt durch die **große Investitionstätigkeit** der Gemeinde **und den Ausgleich des defizitären Ergebnishaushaltes** ändert sich dieses Bild schon im Verlauf der kommenden beiden Jahre sehr drastisch.

Konkret stellt das Kämmereiamt auf Seite 34 fest, „**dass innerhalb von zwei Jahren sämtliche Geldreserven der Gemeinde, also auch die Einnahmen aus dem Verkauf des Geländes am Schrankenbuckel, verbraucht sein und dann Kredite aufgenommen werden müssen**“. Dokumentiert wird diese Aussage durch die prognostizierte Schuldenentwicklung auf Seite 39. Nach ca. **3,3 Mio am Jahresende 2023**, steigt der Schuldenstand von **5,3 Mio (2024)**, über **10,9 Mio (2025)** auf schließlich **12,4 Mio im Jahr 2026** an. Über Reserven/Rücklagen verfügt die Gemeinde nach Sachlage dann nicht mehr. Der **Zahlungsmittelbestand reduziert sich** spätestens ab 2025 auf die **gesetzlich vorgeschriebene Mindestliquidität von 639.200,- Euro**.

Die Entwicklung gibt **erheblichen Anlass zur Sorge**. Schon jetzt, ich zitiere unsere Kämmerer (siehe Seite 30 des Haushaltsplans), „**könnte sich unsere Gemeinde ohne den außerordentlichen Überschuss aus dem Jahr 2022 nicht finanzieren**“. Gemeint ist damit der Verkauf des Geländes am Schrankenbuckel. „**Grundstücksverkäufe sind**“, so der vorliegende Haushaltsplan, „**aber keine geeignete Dauerlösung zur Gemeindefinanzierung**“. Dem können wir uns uneingeschränkt anschließen.

Gleichzeitig sind Projekte wie beispielsweise der **soziale Wohnungsbau** oder **das Kinderzentrum** auf dem Gelände der Schillerschule wichtige und **richtige Entscheidungen für die weitere Gemeindeentwicklung**. Andererseits hätte man den **Sportpark Süd**, so beeindruckend er auch sein mag, auch in anderer Form umsetzen können. Immerhin verursacht er jährlich erhebliche **Unterhalts- und Abschreibungskosten**. Wir dürfen wohl von **knapp 1 Mio Euro/Jahr** ausgehen, die nicht einmal ansatzweise von Pacht- und Erbpachteinnahmen gedeckt werden.

Wir stehen in der weiteren Zukunft mehr denn je in der **Pflicht die Gemeinde wirtschaftlich handlungsfähig zu halten**. Dies erfordert Augenmaß bei der Planung weiterer Projekte. Das sind wir auch aus Gründen der **Generationengerechtigkeit** der heutigen Jugend schuldig. Die **Freien Wähler** werden deshalb die **Entwicklung weiterhin kritisch, aber auch konstruktiv begleiten**.

Zum Abschluss möchte ich mich im Namen unserer Fraktion, stellvertretend für alle Beschäftigten des Kämmereiamts, bei Herrn Willemsen und Herrn Zorn für die professionelle und fundierte Erstellung des Haushaltsplans 2023 bedanken. Mein ganz besonderer Dank geht an Klaus Zorn, der wegen seines baldigen Ruhestands letztmalig maßgeblich mitgewirkt hat. Danke Klaus für die jahrelange ausgezeichnete Arbeit im Kämmereiamt und die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Der Haushaltsplan ist nachvollziehbar und wir stimmen der Vorlage deshalb, aber unter ausdrücklichen Hinweis auf unsere kritischen Anmerkungen, zu. Es kommen leider schwierige wirtschaftliche Zeiten auf die Gemeinde zu.